

## **In Frankfurt und Offenbach werden die evangelischen Kirchen im Winter nicht geheizt**

Die Synode der Evangelischen Kirche in Frankfurt und Offenbach hat am 14. Oktober 2022 mit großer Mehrheit beschlossen:

In der Heizperiode vom 1. Oktober 2022 bis 30. April 2023

- werden Kirchen nicht beheizt,
- werden Gemeindehäuser auf maximal 18 Grad geheizt.
- Bei Kindertageseinrichtungen gibt es keine wesentlichen Einschränkungen

### **Beim Energiesparen geht es um Solidarität und Glaubwürdigkeit**

„Ich halte es für eine Frage unserer Glaubwürdigkeit als Kirche, dass wir in dieser Situation alles tun, um Heizenergie so weit als irgend möglich zu sparen, aus Solidarität mit denen, die dringender darauf angewiesen sind“, erläutert der Stadtdekan und Vorstandsvorsitzende des Evangelischen Regionalverbandes, Achim Knecht, diesen Beschluss. Es gehe darum, dass genug Gas für Krankenhäuser, Pflegeheime, Kindertagesstätten und Schulen vorhanden ist.

### **Beim Energiesparen geht es um die Bewahrung der Schöpfung**

Aus ökologischer Sicht, so Knecht, sei es notwendig, den Verbrauch von fossiler Energie zu reduzieren. „Wir müssen auf erneuerbare Energien umstellen, wenn wir die Lebensgrundlagen aller Menschen und nachfolgender Generationen nicht noch mehr gefährden wollen. Eine solche Veränderung, die unseren Lebensstil einschränkt, ist eine Belastung.“

### **Verantwortlicher Umgang der Kirche mit den anvertrauten Finanzmitteln**

In jedem Fall werde der Energieverbrauch zukünftig sehr viel mehr Geld kosten. Deshalb gehe es auch darum, auf die drastisch gestiegenen Energiepreise zu reagieren. „Der enorm günstige Vertrag, den die Kirche mit der Mainova abgeschlossen hat, läuft leider Ende dieses Jahres aus“, erklärt der Stadtdekan. Die Evangelische Kirche in Frankfurt und Offenbach stehe vor der Herausforderung, „dass der Bezugspreis für Erdgas in diesem Winter um das 5,5-fache steigt“, so Knecht. Davon betroffen seien 80 Prozent der Kirchengebäude. Verteilt auf die verschiedenen Gebäudegruppen sei mit Mehrkosten in Höhe von 3,5 Millionen zu rechnen. Mit den vorliegenden Maßnahmen könnten rund 1,2 Millionen Euro eingespart werden.